

Stand: 19.01.2026 21:31:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/32

"Stromintensive Betriebe entlasten - Berlin muss seine Versprechen halten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/32 vom 29.11.2023
2. Beschluss des Plenums 19/60 vom 30.11.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 5 vom 30.11.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Dr. Stefan Ebner, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel und Fraktion (CSU)

Stromintensive Betriebe entlasten – Berlin muss seine Versprechen halten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, gegenüber dem Bund weiterhin mit größter Vehemenz für eine Entlastung stromintensiver Unternehmen einzutreten. Das von der Ampelkoalition vereinbarte Strompreispaket darf keinesfalls den drohenden, durch die verfassungswidrige Haushaltsführung des Bundes ausgelösten Sparzwängen zum Opfer fallen. Vielmehr muss für das Strompreispaket zeitnah ein tragfähiges Konzept der Finanzierung durch den Bund vorgelegt werden, welches stromintensiven Betrieben auch über das Jahr 2025 hinaus Planungssicherheit verschafft und den Grundsätzen einer soliden und verfassungskonformen Haushaltsführung genügt.

Der Landtag stellt fest, dass das vom Bund vorgelegte Strompreispaket darüber hinaus nicht ausreichend ist. Bei der Strompreiskompensation bedarf es einer Ausweitung der Liste der profitierenden Sektoren z. B. auch auf die Glas- und Keramische Industrie. Auch bedarf es weiterer Entlastungen für große energieintensive Branchen wie die Chemie-Industrie im Sinne eines zwar befristeten, aber dennoch längerfristigen Wirtschaftsstrompreises.

Weiterhin stellt der Landtag fest, dass eine längerfristige Planungssicherheit statt einer Wirtschaftspolitik nach Haushaltslage bedarf. Darüber hinaus muss die Stromsteuer nicht nur für das produzierende Gewerbe, sondern für alle Unternehmen und auch Haushalte auf das unionsrechtliche Mindestmaß gesenkt werden.

Begründung:

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit des Klima- und Transformationsfonds (KTF) steht die Möglichkeit massiver Umschichtungen oder Einsparungen im Bundeshaushalt im Raum. Dies gilt insbesondere, da die Bundesregierung jüngst Ausgabenmehrungen im Bereich der Sozialausgaben angekündigt hat, während Gelder für dringend notwendige Ausgaben aus dem KTF nun fehlen. Daher ist es angezeigt, beim Bund auf die notwendige Entlastung für Unternehmen im Bereich der Strompreise zu dringen sowie dafür einzutreten, dass die Entlastung nicht nur auf stromintensive Unternehmen begrenzt bleibt.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Dr. Stefan Ebner, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Jenny Schack, Josef Schmid, Steffen Vogel und **Fraktion (CSU)**

Drs. 19/32

Stromintensive Betriebe entlasten – Berlin muss seine Versprechen halten!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, gegenüber dem Bund weiterhin mit größter Vehemenz für eine Entlastung stromintensiver Unternehmen einzutreten. Das von der Ampelkoalition vereinbarte Strompreispaket darf keinesfalls den drohenden, durch die verfassungswidrige Haushaltsführung des Bundes ausgelösten Sparzwängen zum Opfer fallen. Vielmehr muss für das Strompreispaket zeitnah ein tragfähiges Konzept der Finanzierung durch den Bund vorgelegt werden, welches stromintensiven Betrieben auch über das Jahr 2025 hinaus Planungssicherheit verschafft und den Grundsätzen einer soliden und verfassungskonformen Haushaltsführung genügt.

Der Landtag stellt fest, dass das vom Bund vorgelegte Strompreispaket darüber hinaus nicht ausreichend ist. Bei der Strompreiskompensation bedarf es einer Ausweitung der Liste der profitierenden Sektoren z. B. auch auf die Glas- und Keramische Industrie. Auch bedarf es weiterer Entlastungen für große energieintensive Branchen wie die Chemie-Industrie im Sinne eines zwar befristeten, aber dennoch längerfristigen Wirtschaftsstrompreises.

Weiterhin stellt der Landtag fest, dass es einer längerfristigen Planungssicherheit statt einer Wirtschaftspolitik nach Haushaltslage bedarf. Darüber hinaus muss die Stromsteuer nicht nur für das produzierende Gewerbe, sondern für alle Unternehmen und auch Haushalte auf das unionsrechtliche Mindestmaß gesenkt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Josef Lausch

Abg. Oskar Lipp

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Florian von Brunn

Abg. Steffen Vogel

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Toni Schuberl

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU)**

Stromintensive Betriebe entlasten - Berlin muss seine Versprechen halten!

(Drs. 19/32)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Josef Lausch für die FREI-EN WÄHLER das Wort.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Als neu in das Parlament gewählter Abgeordneter freue ich mich, in meiner ersten Rede zum ersten Dringlichkeitsantrag in dieser Legislaturperiode sprechen zu dürfen, und das zu einem Thema, das nicht nur hochaktuell und überaus wichtig ist, sondern das auch mir als Fachagrarwirt Erneuerbare Energien, langjährigem Betreiber einer Biogasanlage und zweier PV-Anlagen sowie Gründer einer bayernweit tätigen Beratungsfirma für erneuerbare Energien natürlich persönlich am Herzen liegt.

Das Urteil zum Bundeshaushalt aus Karlsruhe war ein Paukenschlag, und dieser Paukenschlag dröhnt der Ampel-Regierung noch immer in den Ohren. Seit dem Richterspruch sind zwei Wochen vergangen, und trotzdem hat die Bundesregierung noch keinen Plan, wie es weitergeht. Der Bundeskanzler hat vorgestern im Deutschen Bundestag dazu gesprochen, aber leider nach dem Motto: viel geredet und nichts gesagt. Die Bezeichnung "blutleer" wäre noch übertrieben. Leidtragende ist die Wirtschaft.

Die Ampel hat vor drei Wochen ein Strompreispaket versprochen. Unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat vorher monatelang genau für diese Entlastungen getrommelt. Heute, geschlagene drei Wochen später, fehlt immer noch ein klares Bekenntnis aus Berlin zum Entlastungspaket. So herrscht nun ein Klima der Unsicherheit, wo ein Klima der Verbindlichkeit und der Zukunftsfähigkeit herrschen sollte. Dies ist pures Gift für Investoren, wie zum Beispiel ich es beinahe täglich von Betreibern von Energieerzeugungsanlagen zu hören bekomme. Rund fünfzig Landwirte konnte zum Beispiel ich in den vergangenen zwei Jahren für ein Pilotprojekt zur Erzeugung von Wasserstoff und grünem CO₂ aus Biogas begeistern, gemeinsam mit einem Start-up der TU München. Diese rund fünfzig Unternehmer haben auch schon eine Absichtserklärung unterschrieben; aktuell ist aber keiner mehr bereit, rund 1,5 Millionen pro Betrieb zu investieren, wenn die Signale aus Berlin derart negativ sind.

Es ist Aufgabe der Politik, es ist unsere Aufgabe, jetzt für Stabilität und Kontinuität zu sorgen. Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER gemeinsam mit der CSU-Fraktion die Staatsregierung auf, gegenüber der Bundesregierung weiterhin mit größter Vehemenz für eine Entlastung stromintensiver Unternehmen einzutreten.

(Johannes Becher (GRÜNE): Hat die Staatsregierung auch ein ...?)

Erstens muss Berlin für das Strompreispaket zeitnah ein tragfähiges Konzept zur Finanzierung vorlegen. – Tragfähig! – Die Finanzierung muss den Grundsätzen einer soliden und verfassungskonformen Haushaltsführung genügen. Dass man das überhaupt betonen muss, ist eigentlich schon traurig.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Zweitens ist das Ampel-Strompreispaket bei Weitem noch nicht ausreichend. Für große energieintensive Branchen wie die Chemieindustrie in unserem Chemie-Dreieck, die Glasindustrie usw. braucht es einen befristeten, aber dennoch längerfristigen Wirtschaftsstrompreis. Die Stromsteuer muss für alle Unternehmen – Mittelstand,

Handwerk, Dienstleister, Industrie – gelten, und auch für Privathaushalte muss die Stromsteuer auf das EU-rechtliche Mindestmaß gesenkt werden. Wir dürfen nicht weiter Tabellenführer bei der Stromsteuer in Europa sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen längerfristige Planungssicherheit und Vertrauen in die Bundesregierung statt einer Wirtschaftspolitik nach Kassenlage. Mit "TTT" – nicht "Titel, Thesen, Temperamente", sondern "Tricksen, Tarnen, Täuschen" – schaden SPD, GRÜNE und FDP nachhaltig unserer Wirtschaft, im Übrigen auch dem Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt.

Unsere bayerischen Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger müssen uns an ihrer Seite wissen; sie alle brauchen Verlässlichkeit und Fortschrittsförderung – nicht nur in Bayern, sondern bundesweit –, damit wir unsere Zukunft und die nachfolgenden Generationen gerade im Bereich Klimaschutz und Energiewende offensiv gestalten können.

Geld ist anscheinend noch genügend vorhanden; das sieht man bei der geplanten massiven Erhöhung des Bürgergeldes. Liebe Freunde, man muss die Kuh auch füttern, die man melken will. In diesem Fall braucht die bayerische Wirtschaft das Futter in Form von wirtschaftlichen Strompreisen.

Erlauben Sie mir zum Schluss einen zugegebenermaßen etwas emotionalen, aber angesichts einer desaströsen Politik der Ampel notwendigen bayerischen Ordnungsruf nach Berlin: Liebe Bundesregierung, reißt euch endlich zusammen! – Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Oskar Lipp. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident Hold, liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Staatsregierung wird aufgefordert, gegenüber dem Bund weiterhin mit größter Vehemenz für eine Entlastung stromintensiver Unternehmen einzutreten. "Mit größter Vehemenz" schreiben Sie. Erklären Sie den Bürgern doch auch, warum Sie es so eilig haben.

(Florian von Brunn (SPD): Nehmen Sie doch erst mal die Hände aus den Taschen!)

Das ökonomisch unsinnige Strompreispaket aus dem Hause Habeck soll Ihre ideologische Mittäterschaft verschleiern

(Johannes Becher (GRÜNE): Was für eine ideologische Mittäterschaft?)

bei der Deindustrialisierung Deutschlands und der Verarmung von Millionen deutscher Haushalte.

(Michael Hofmann (CSU): Und ihr wundert euch, dass wir euch nicht ernst nehmen – bei der Wortwahl!)

– Daran sind auch Sie als GRÜNE beteiligt. Sie hocken in der Bundesregierung, und Sie werden bei den nächsten Wahlen demnächst keine Mehrheit mehr haben.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Gut, dass ihr nie die Mehrheit haben werdet!)

Nur durch die kollektive Mitwirkung der Union konnte diese planwirtschaftliche Energiewende als Quelle allen Übels über unsere Unternehmen und Haushalte herfallen. Es braucht immer eine Hand, die die Büchse der Pandora öffnet, damit das Unheil ausströmt, auch wenn es andere ersannen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Nach Ihrem Steuersystem verdienen doch die Reichen noch mehr!)

Wenn Ministerpräsident Markus Söder, der heute durch Abwesenheit glänzt,

(Michael Hofmann (CSU): So einer Rede muss man auch nicht zuhören!)

statt Isar 2 den Garaus zu machen, mehr Testosteron bewiesen hätte und konsequent für unsere Kernkraft in Deutschland eingetreten wäre, dann bräuchten wir jetzt an dieser Stelle gar nicht über diesen Jammerantrag zu entscheiden.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Sie wollen die Wähler glauben lassen, dass die Gründe für die hohen Energiepreise der Krieg im Osten und weitere externe Faktoren seien. Das ist weitestgehend falsch. Der Hauptgrund für die Energiepreisexplosion ist die, genauer gesagt: Ihre, große grüne Energiewende.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ach so! Mit Ihrem Putin-Freund hat das nichts zu tun, oder was?)

Durch den Ausbau der unberechenbaren Wind- und Solarenergieerzeugung,

(Johannes Becher (GRÜNE): Ihre eigene Realität ist wirklich interessant!)

gepaart mit dem Ausstieg aus Kern- und Kohlekraft, haben sich die jährlichen Gesamtkosten für die sogenannten Netzstabilisierungsmaßnahmen allein zwischen 2013 und 2021 von 214 Millionen Euro auf circa 2,3 Milliarden Euro mehr als verzehnfacht.

Mich als studierten Betriebswirt verwundert wirklich, dass hier von Ihnen einfach elementare volkswirtschaftliche Zusammenhänge in den Wind geschlagen werden. In meinem Studium damals

(Martin Wagle (CSU): Hört, hört!)

habe ich noch gelernt, dass stabile Preisbildungen von einem intakten und staatlich nicht manipulierten Markt erzeugt werden. Der Markt erzeugt wettbewerbsfähige Unternehmen und beseitigt Zombiefirmen, die nur durch Vergeuden fremden Kapitals – unseres Steuergelds – am Leben erhalten bleiben.

Sie haben die CSU ohne Not in den sozialistischen Parteienblock überführt.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): Bissl ein Kabarett ist es schon!)

Ihr Dringlichkeitsantrag könnte doch genauso gut ein Antrag einer der Ampel-Fraktionen im Deutschen Bundestag sein. Denn was steht im Zentrum Ihrer Forderung? – Die Unternehmen, die Sie angeblich – wenn sie denn nicht bereits das Land verlassen haben – schützen wollen, sind schon längst subventionsabhängig wie Süchtige. Der von Ihnen allen gefeierte Green Deal erweist sich ökonomisch als Dealer: Für Gehorsam gibt's Geld. Oder weshalb finanziert die halbe deutsche Großwirtschaft einen GRÜNEN-Parteitag?

(Johannes Becher (GRÜNE): Ja, dass die der AfD nichts geben, das ist klar!)

Dabei brauchen wir für unsere Wirtschaft dringend eine Entziehungskur: weg mit dem EEG! Weg mit dem Green Deal und der ständigen Marktmanipulation durch Subventionen!

Wir als AfD fordern den sofortigen Wiedereinstieg in die deutsche Kernkraft, die unseren Wirtschaftsstandort und unsere Arbeitsplätze sichert,

(Beifall bei der AfD – Ruth Müller (SPD): Sie sind eine Partei von gestern!)

sowie auch den drastischen Abbau von Bürokratie und der Steuerlast für die Energiewirtschaft.

Ihr Dringlichkeitsantrag dagegen gehört auf den Sondermüll einer Suchtklinik.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Ihr gehört dahin! – Florian von Brunn (SPD): Da hilft auch eine Neuformatierung der Festplatte nichts mehr!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Abgeordneter. – Nächste Rednerin ist für die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Barbara Fuchs. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist natürlich eine große Bürde. Das ist ganz wichtig. Aber auch die Bayerische Staatsregierung muss schon ein bisschen aufpassen und mit den Formulierungen vorsichtig sein; denn auch in Bayern wissen wir noch nicht, ob wir in dem Bereich in Schwierigkeiten kommen werden. Das ist schon auch etwas, wo man erst noch gucken muss.

Der Klima- und Transformationsfonds ist ein Schlüsselinstrument für die Modernisierung unseres Landes – und gerade für die Herausforderungen, die maßgeblich durch den politischen Stillstand der letzten Jahrzehnte verursacht wurden. Die aktuelle Bundesregierung ist im Bewältigen von Krisen trainiert; denn von Anfang an, seitdem die Bundesregierung im Amt war, hat es Krisen gegeben: Corona, die Ukraine und was noch alles passiert ist.

Unserem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist es letztes Jahr trotzdem gelungen, die Energie- und Wärmeversorgung sicherzustellen. Das muss man einfach auch sagen. Sonst würden wir hier über ganz andere Dinge sprechen.

Wir brauchen aber eine Lenkungswirkung der Maßnahmen. Wir können Strom nicht einfach billiger machen. Tatsache ist: Wir hatten gewaltige Entlastungspakete, die die Unternehmen und Menschen in der schwierigen Zeit mit 200 Milliarden Euro unterstützt haben, um die schweren Folgen der gestiegenen Energiekosten abzumildern. Gerade die Handwerksbetriebe und der Mittelstand sind durch die Abschaffung der EEG-Umlage entlastet worden, und es gibt ja Pläne, was die Stromsteuer, was die Zuschüsse zu den Netzentgelten angeht.

Natürlich muss man erst mit dem Urteil arbeiten und hat nicht innerhalb einer Woche eine Lösung, die man aus dem Ärmel schüttelt. Man nennt das seriöses, fundiertes Arbeiten.

Wir müssen auch ganz klar sehen: Die einseitige Abhängigkeit in den Energiethemen ist schon auch der Energiepolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte zu verdanken. Diese Regierungskoalition hat die Energiewende in Bayern mit Ansage gegen die Wand gefahren. Dafür gibt es heute die Rechnung. Jetzt müssen wir handeln. So viel zum Thema. Reißen wir uns bitte zusammen!

Die Bundesregierung hat viel gemacht, hat die Weichen neu gestellt, hat vor allen Dingen den Turbo für die erneuerbaren Energien gezündet. Im Moment – das muss man auch sagen – sind die Börsenstrompreise niedriger als zum Ende der Großen Koalition 2021. Trotzdem ist es schon so: Wir haben eine schwierige wirtschaftliche Lage, und die Unternehmen brauchen Planungssicherheit, Stabilität, Vertrauen in unseren Standort.

Eines meiner wichtigsten politischen Themen ist ja, dass wir die Wertschöpfung hier vor Ort halten, dass wir wettbewerbsfähig sind und bleiben. Daran wird gearbeitet. Der Brückenstrompreis ist eine Maßnahme von vielen aus dem Gesamtpaket, das jetzt natürlich noch einmal beleuchtet werden muss. Das ist jetzt halt wirklich die Konsequenz.

Aus dem Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN gehen aber gar keine konstruktiven Vorschläge hervor, wie man diesen Klima- und Transformationsfonds jetzt neu aufstellen kann. Es gibt keine Vorschläge außer Einschnitten im sozialen Bereich, ansonsten Gießkanne. Wir sind damit nicht einverstanden. Wir müssen auch über die Schuldenbremse sprechen.

Die Union ist auch im Bund uneins: Herr Merz gegen den Herrn Bürgermeister von Berlin – auch da gibt es Unstimmigkeiten, was die Schuldenbremse angeht. Wir sagen: Wir müssen auf der einen Seite darüber reden, wie wir zukunftssträchtige klimafreundliche Investitionen finanzieren. Das ist etwas anderes, als Geld einfach zu ver-

brauchen. Auf der anderen Seite müssen wir aber über die klimaschädlichen Subventionen sprechen. Laut Umweltbundesamt sind 68 Milliarden Euro klimaschädlich: Deseleinsatz, Dienstwagenprivileg, Flugverkehr, Kerosinbesteuerung und all solche Themen.

Wir sprechen über Planungssicherheit und haben natürlich hier in Bayern einen Wirtschaftsminister, der von 2013 bis 2020 gesagt hat, er sei gegen zwei Stromautobahnen. 2023 sagt er: Jetzt will ich drei Stromautobahnen, aber sofort. – Das geht halt so auch nicht. Wir müssen uns da ehrlich machen und bitte zusammenarbeiten.

Wir müssen über die Schuldenbremse sprechen: nicht zum Ausgeben, sondern zur Modernisierung. Wir bitten deswegen um weniger Ideologie und mehr Sachpolitik für die Unternehmen und die Menschen in Bayern.

Der Dringlichkeitsantrag stellt nur Forderungen und bietet keine Lösungen. Deswegen lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, der Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat ein Programm, hat Vorschläge vorgelegt, wie stromintensive Unternehmen in Deutschland und Bayern entlastet werden können: Die Stromsteuer soll auf das europäisch zulässige Mindestmaß abgesenkt werden, also auf 0,05 Cent pro Kilowattstunde. Die 350 strom- und energieintensivsten Unternehmen werden entlastet, erhalten zusätzliche Mittel. Es gibt noch zusätzliche Maßnahmen für die 90 energieintensivsten Unternehmen in Deutschland. Insgesamt summieren sich die vorgesehenen Entlastungen im Jahr 2024 auf 12 Milliarden Euro. Dazu kommen die Maßnahmen, die die Bundesregierung für schnellere Planung und Genehmigung von erneuerbaren Energien eingeleitet hat. Über 100 konkrete Einzelmaß-

nahmen sind getroffen worden, mit denen man zum Beispiel Power Purchase Agreements schließen kann, etwa im Chemiedreieck, in Windparks oder anderswo, um die Industrie mit Strom zu versorgen.

Jetzt kommen Sie und fordern, dass die Finanzierung sichergestellt wird. Das ist in der momentanen Krise eine legitime Forderung; das liegt aber ohnehin im Fokus der Bundesregierung. Sie wollen aber vor allem auch wieder mehr Geld. Es ist spannend, sich anzuschauen, was die Union, die CDU/CSU, aber auch die FREIEN WÄHLER für finanzpolitische Forderungen aufstellen. Im Wahlkampf hat Herr Aiwanger noch Steuerentlastungen von bis zu 150 Milliarden Euro jährlich in Aussicht gestellt. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung hat zu den Forderungen der Union bereits im Jahr 2022 bei den Haushaltsberatungen gesagt, dass man auf der einen Seite Steuermehrausgaben für die Entlastung von Unternehmen im zweistelligen Milliardenbereich zusätzlich auf den Weg bringen wolle, aber auf der anderen Seite gleichzeitig mehr Sparanstrengungen einfordern wolle.

Sie von der Union, die CDU und CSU, wollen Steuersenkungen für alle. Sie wollen die Senkung der Erbschaftsteuer, Mehrinvestitionen, Mehrausgaben für Digitalisierung, Mehrausgaben für das Gesundheitswesen, 10 Milliarden Euro mehr für Verteidigung. Die Antwort aber, wie das alles zu finanzieren ist, bleiben Sie schuldig.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

– Ich weiß jetzt ganz ehrlich nicht, Herr Pohl und auch die Damen und Herren von der CSU, ob Sie auf Voodoo Economics, auf Ronald Reagan setzen oder auf Deflationspolitik, also Heinrich Brüning.

(Zuruf von der AfD: Jedenfalls nicht auf die SPD!)

Wer so auftritt und solche Forderungen stellt, handelt finanzpolitisch nicht seriös, verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Wie die Ampel in Berlin!)

Ich bin sehr gespannt. Ich warte mit großem Interesse darauf, nachdem jetzt bekannt geworden ist, dass die BayernLB einer der größten Finanzierer der Signa Holding von Herrn Benko ist, ob wir hier die Landesbank-Affäre reloaded bekommen. Wir werden das sicherlich erfahren. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Den Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER))

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist der Kollege Steffen Vogel für die CSU-Fraktion. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Fuchs, Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen. Der Kinderbuchautor Robert Habeck ist der schlechteste Wirtschaftsminister, den die Bundesrepublik Deutschland je hatte.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Was in Berlin betrieben wird, ist eine energiepolitische und damit wirtschaftspolitische Geisterfahrt. Wirtschaft ist nicht alles; aber ohne funktionierende Wirtschaft ist alles nichts. Wirtschaft stellt Arbeitsplätze zur Verfügung. Wirtschaft stellt Steuereinnahmen zur Verfügung. Mit Steuereinnahmen kann ein sozialer Ausgleich erfolgen, können Umweltschutzmaßnahmen finanziert werden, kann in die Bildung der Kinder investiert werden. Das heißt, ohne eine funktionierende Wirtschaft, ohne Steuereinnahmen läuft nichts. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass es sich rentiert, in Deutschland zu investieren, dass es sich rentiert, in Deutschland zu produzieren, dass es sich rentiert, in Deutschland Handel zu treiben, Dienstleistungen anzubieten und wertschöpfend tätig zu sein.

(Zuruf der Abgeordneten Stephanie Schuhknecht (GRÜNE))

Wer es noch nicht gemerkt hat – da bin ich mir nicht ganz sicher, ob das bei der Ampel schon angekommen ist –: Wir sind in einer Krise!

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Wir sind in einer echten Krise. Den Produktions- und Industriestandort Deutschland sehe ich in echter Gefahr. Wir haben die höchsten Sozialabgaben. Wir haben die höchsten Steuern. Wir haben die höchste Bürokratie und die höchsten Löhne, und wir haben ideologiegetrieben die höchsten Strom- und Energiepreise.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Toni Schuberl (GRÜNE): 16 Jahre lang war die CSU in der Regierung! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ach, hört doch auf damit!)

Unsere Unternehmen stehen in internationalem Wettbewerb. Sie stehen in Konkurrenz und unter Druck wie noch nie. Sie sind auch in einem Transformationsprozess. Jetzt wird in den Chefetagen der Firmen entschieden, wo in Zukunft investiert wird, und damit festgelegt, wo in Zukunft auch produziert wird.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Insoweit besteht die große Gefahr, dass Investitionen an Deutschland vorbeigehen. Es ist doch vollkommen klar, ich denke, darin sind wir uns einig: Hohe Strompreise und hohe Energiepreise sind ein Standortnachteil und letztlich auch ein Sargnagel für Investitionsentscheidungen in Deutschland.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Deshalb war es richtig – zwar ein Jahr zu spät, aber richtig –, dass die Bundesregierung Anfang November dieses Strompreispaket beschlossen hat. Vielleicht war es nicht weitgehend genug, aber es war richtig. Warum? – Nur mit bezahlbarem Strom,

nur mit bezahlbarer Energie halten wir den Wirtschaftsstandort Deutschland und Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Jetzt kippt das Bundesverfassungsgericht die Schuldenpolitik der Bundesregierung und sagt, jetzt geht es nicht mehr. Und jetzt sagt man: Jetzt müssen wir sparen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Die große Sorge ist, dass man bei der Wirtschaft spart, dass man genau bei denjenigen spart, die den Karren ziehen sollen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Es wurde versprochen, die Energiepreisbremse im Jahr 2024 weiterzuführen. Sie wurde aber kassiert. Deshalb ist es doch plausibel, dass das Nächste, was kommt, die Zurücknahme des Strompreispaketes ist. Ich finde das fatal. Dass gespart werden muss, ist klar.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Herr von Brunn fragt: Wo ist denn die Finanzierung? – Ich sage Ihnen mal was: Diese vollkommen unsinnige Kindergrundsicherung, die gar nicht bei den Betroffenen ankommt, kostet über 3 Milliarden Euro und bringt gar nichts.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Woher wollen Sie das wissen?)

Bei der Wirtschaft, bei denjenigen, die den Karren ziehen, wird gespart; bei Sozialleistungen hingegen wird geklotzt: Kindergrundsicherung. Das Elterngeld wird gekürzt, die Kindergrundsicherung dagegen wird erhöht.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die Umstellung von Hartz IV auf Bürgergeld ist vollkommen leistungsfeindlich. Das ist sauteuer.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Hubertus Heil rechnet vor: Im Jahr 2023 gibt es Mehrkosten in Höhe von 3,25 Milliarden Euro, und im Jahr 2024 wird das Bürgergeld um 12 % erhöht. Wie schwachsinnig ist es eigentlich, bei Leistungsträgern zu kürzen und bei Sozialtransferempfängern richtig draufzuklotzen? – Das ist der vollkommen falsche Weg.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD – Zuruf von den GRÜNEN)

Ich mache Ihnen noch einen Vorschlag, weil Sie gefragt haben, wo die Gegenfinanzierung ist. Erklären Sie mir bitte, warum Ukraine-Flüchtlinge sofort in den Bürgergeldbezug kommen und sofort deutsche Sozialleistungen beziehen!

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Warum stellt man nicht um und sagt: Auch Ukraine-Flüchtlinge erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz? Das spart uns sofort Milliarden Euro.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD – Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Diese Bundesregierung hat kein Einnahmenproblem, sondern sie hat ein Ausgabenproblem.

(Dr. Harald Schwartz (CSU): Exakt!)

Die Steuereinnahmen sind bei fast einer Billion. Das heißt, so hohe Steuereinnahmen haben wir noch nie gehabt. Nur Sie von der Ampel können nicht mit Geld umgehen. Das ist Ihr Problem. Sie schaffen völlig falsche Anreize. Das ist das Thema.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Lage ist ernst. Die Lage ist sehr ernst. In der "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 28.11.2023 steht:

"Michelin gibt auf. Der französische Konzern stellt die Produktion von Lastwagenreifen in Deutschland binnen zwei Jahren ein. Ein Schock für mehr als 1500 Beschäftigte, deren Arbeitsplätze wegfallen werden [...]. Die Unternehmensführung beteuert, bis zuletzt um den Fortbestand der Fertigung gekämpft zu haben. Sogar ein innovatives, weil energiesparendes Herstellungsverfahren hat sich Michelin einfallen lassen, um seine Reifen zu backen. Doch am Ende haben die Entscheider [...] einen Strich unter die Bilanz der deutschen Standorte gezogen und sind zu dem Schluss gekommen, dass die Produktion in Deutschland keine Zukunft mehr hat. Die hohen Kosten für Gas und Strom sind der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat."

So die "Frankfurter Allgemeine Zeitung".

Der "Fränkische Tag" schreibt: IG Metall sieht Betriebe in Gefahr. Die Industriegewerkschaft IG Metall Coburg macht sich stark für den Brückenstrompreis. Käme der nicht, wären Jobs in Oberfranken bedroht. Es darf nicht sein, dass immer noch Arbeitsplätze wegen der Energiekrise in Gefahr geraten. Die Bundesregierung ist in der Verantwortung, so die erste Bevollmächtigte Nicole Ehram von der IG Metall in Coburg.

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie merken: Es ist wirklich ernst.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Deswegen brauchen wir eine Entlastung von der Stromsteuer. Warum nicht sofort das europäische Mindestmaß? Wir brauchen eine Entlastung bei den Übertragungsnetzentgelten.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir brauchen nicht nur einen Industriestrompreis für die großen Produzierenden, sondern auch der Mittelstand, auch das Handwerk, alle, auch die Bürgerinnen und Bürger, müssen beim Strompreis entlastet werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Warum? – Man kann das Geld nur einmal ausgeben. Jetzt ist der Antrag eine Aufforderung. Ich fordere dazu auf, auch wirklich mitzustimmen, um die Bundesregierung dazu zu bringen; denn auf die Versprechungen dieser Bundesregierung kann man sich nicht unbedingt verlassen. Ich verweise nur auf die Gastronomie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Bundesregierung hat 7 % versprochen – und ihr Versprechen gebrochen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie hat die Energiepreisbremse versprochen – und ihr Versprechen gebrochen. Deshalb ist es doch überhaupt nicht von der Hand zu weisen, dass man auch dieses Versprechen wieder bricht. Deshalb stimmen Sie dem Dringlichkeitsantrag bitte zu. Kämpfen Sie dafür, dass Mittelstand, Industrie und Wirtschaft in Deutschland auch eine Chance haben. – In diesem Sinne sage ich vielen Dank für die Aufmerksamkeit, und senden wir ein starkes Signal nach Berlin!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Vogel, drei Meldungen für Zwischenbemerkungen liegen vor. – Für die erste erteile ich das Wort dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Kollege Vogel, ich wollte mal die Frage stellen, ob Sie wirklich davon überzeugt sind, dass die CSU besser mit Geld umgehen kann

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ja!)

angesichts der Tatsache, dass Bundesfinanzminister Theo Waigel die deutsche Einheit mit 850 Milliarden Euro Schulden finanziert hat –

(Michael Hofmann (CSU): Die ganze deutsche Einheit hätten Sie nicht finanziert!)

wir wissen auch, was aus den blühenden Landschaften geworden ist –, angesichts der Tatsache, dass Landesfinanzminister der CSU verantwortlich sind für den Landeskbankskandal mit 10 Milliarden Euro Verlust für den Freistaat Bayern.

(Zuruf von der AfD)

Ich habe gerade schon angesprochen, wir sind gespannt: Was ist mit der BayernLB in Bezug auf die Signa Holding? – Vielleicht können Sie mir noch die letzte Frage beantworten, nachdem Sie jetzt hier deswegen immer so ein Remmidemmi veranstalten: Warum hat denn die CSU dem Bürgergeld-Kompromiss im Deutschen Bundestag zugestimmt? Offensichtlich hängen Sie Ihr Fähnchen auch immer nur nach dem Wind.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh, Mann!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr von Brunn, erstens hätte ich dem Bürgergeld – –

(Florian von Brunn (SPD): Zugestimmt!)

– Ich hätte nicht zugestimmt, aber ich bin Landtags- und kein Bundestagsabgeordneter. Das müssen Sie die Kollegen im Bundestag fragen; aber das ändert nichts daran, dass man es jetzt wieder rückgängig machen könnte.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Widerspruch des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU) – Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir haben jetzt eine andere Haushaltslage. Deshalb wäre es jetzt auch gerechtfertigt, diesen schwachsinnigen, leistungsfeindlichen Kompromiss zurückzunehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Umgang mit Geld sage ich: Die Bundesrepublik Deutschland besteht seit ungefähr 74 Jahren. Noch nie hat das Bundesverfassungsgericht einen Haushalt einer Bundesregierung so zerpfückt wie den dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Damit ist es klar belegt, wer mit Geld umgehen kann und wer nicht.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für die nächste Zwischenbemerkung erteile ich das Wort dem Kollegen Prof. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Vogel von der CSU, es ist eher schon amüsant, wie Sie sich hier mit der SPD den Schwarzen Peter gegenseitig zu-spielen. Schröder hat damals mit der unsäglichen Energiewende angefangen. Dann hatten wir 16 Jahre Merkel, während derer das vorangetrieben worden ist. Hier in Bayern ist der Ministerpräsident Söder, der heute leider wieder nicht da ist, dafür verantwortlich, dass man die Atomkraftwerke abgeschaltet hat. Dadurch wurde der Strom nämlich immer teurer. Er wollte sogar zurücktreten, wenn man nicht aus dem Atomstrom rausgeht. Jetzt will er wieder rein. Für den Bürger hier in Bayern sind die Strompreise teurer geworden, und zwar um 25 % von 2012 bis 2021, und seitdem nochmal um 50 %. Das macht sich natürlich auch bei der Industrie bemerkbar. Wenn man das dort jetzt fördert, dann muss man das wieder über Steuern auf den Bürger umlegen. Das heißt: Wir werden durch die Ampelkoalition und auch durch Ihre Regierung hier immer stärker belastet. Deshalb ist meine Frage an Sie: Wann machen Sie endlich die Kehrtwende? Wann zeigen Sie wirklich die Rote Karte für die Ampelkoalition und steigen aus dieser elenden Klimaideologie und der Energiewende endlich aus?

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege.

Steffen Vogel (CSU): Da muss man schon gesund sein,

(Heiterkeit der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

um alle Themen, die Sie da aufwerfen, in eine Reihe zu bringen. Warum zeigen Sie der Ampelkoalition die Rote Karte? – Soweit ich unseren Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten verstanden habe, fordern wir schon die ganze Zeit die Ampel entsprechend zu Neuwahlen auf. Das heißt: Wir brauchen dazu keine Aufforderung der AfD.

Auf Söder wird immer hingewiesen im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Kernenergie in seiner Zeit als Umweltminister.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ja, genau!)

Damals, im Jahr 2011/12 usw., war das auch richtig. Nur hat sich die Sachlage vollkommen verändert durch den Ukraine-Konflikt.

(Florian von Brunn (SPD): Warum ändert sich die Sachlage bei Markus Söder jeden zweiten Tag?)

Durch den Ukraine-Konflikt ist Gas als Brückentechnologie dann weggefallen. Dann, zu diesem Zeitpunkt, wäre es absolut richtig und sinnvoll gewesen. Ich halte es für einen schweren Fehler, dass man die Kernkraftwerke nicht hat weiterlaufen lassen. Damit zeichnen Sie einfach ein vollkommen falsches Bild.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Wir haben es doch in Bayern überhaupt nicht in der Hand, ob ein Kernkraftwerk weiterläuft oder nicht, sondern das ist eine Bundes- und nicht eine Landesentscheidung. Deshalb ist das auch Quatsch. Wir hätten die Atomkraftwerke nicht abgeschaltet. Ich halte das für einen schweren Fehler. Das ist teuer, ideologiegetrieben, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute.

Steffen Vogel (CSU): – aber das ist eine Entscheidung, die auf Bundesebene so getroffen worden ist. Die ist jetzt nur schwer wieder rückgängig zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich das Wort dem Kollegen Toni Schuberl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Vogel, Sie haben gesagt, dass das Bürgergeld in seiner Höhe leistungsfeindlich ist. Wie weit wollen Sie von den 580 Euro pro erwachsenem Haushaltsvorstand runtergehen? Sagen Sie eine konkrete Zahl.

Steffen Vogel (CSU): Herr Schuberl, erstens habe ich es einmal hochgerechnet: 580 Euro, verheiratet, drei Kinder.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Eine konkrete Zahl?)

Wenn ich heute Bürgergeldbezieher wäre, verheiratet wäre und drei Kinder hätte,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Eine konkrete Zahl?)

hätte ich einen Nettoanspruch von über 2.000 Euro und bekäme die Wohnung bezahlt.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wie viel? Wie viel?)

– Dann bin ich bei 3.000 Euro Cash. Wie viel muss ich verdienen, um auf dasselbe Niveau zu kommen? – Man braucht sich doch nicht zu wundern, dass in Deutschland keiner mehr im Niedriglohnbereich arbeitet, wenn er fürs Nichtstun mehr bekommt, als wenn er zur Arbeit geht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und der Gelackmeierte bei diesem Bürgergeld ist der, der für 13 oder 14 Euro Stundenlohn, der für Mindestlohn

(Johannes Becher (GRÜNE): Antwort!)

jeden Morgen aufsteht und seine Arbeitsleistung erbringt. Das ist der Gelackmeierte, weil sich dessen Leistung nicht lohnt.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe nicht zugestimmt, weil ich nicht im Bundestag bin.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Klare Frage, klare Antwort! – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich bitte um mehr Ruhe im Saal. Sie haben noch ein paar Sekunden, Herr Vogel. – Herr Kollege Schuberl, Sie hatten Zeit für eine Zwischenbemerkung. Die dauert eine Minute, und dann können Sie nicht auch während der ganzen Antwortminute dazwischenreden. – Bitte, Herr Kollege Vogel.

Steffen Vogel (CSU): Ich würde die Erhöhung um 12 %, die zum 01.01.2024 in Kraft treten soll, nicht umsetzen, sondern ich würde dieses Geld lieber in den Wirtschaftsstandort Deutschland investieren, damit wir auch in Zukunft noch eine entsprechend steigende Wirtschaft haben. Wir sollten diese Erhöhung aussetzen, weil es ein Wahnsinn ist, in dieser Zeit den Bürgergeldbezug um 12 % zu erhöhen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/32 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD- und AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann ist damit dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.